
Heiko Schrang
DIE SOUVERÄNITÄTSLÜGE
MSW
MACHT STEUERT WISSEN
Erweiterter Auszug aus dem Buch
„Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen 2“

Heiko Schrang

Die Souveränitätslüge

Erweiterter Auszug aus dem Buch:
„Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen 2“.

Macht-steuert-Wissen Verlag

Heiko Schrang

Die Souveränitätslüge

ISBN: 978-3-945780-01-5 (PDF-Version)

Weitere Informationen zum Buch finden Sie unter:
http://www.macht-steuert-wissen.de

Buchcover-Gestaltung:

Eliane Mietke, Medien- und Grafikdesign, Berlin

Lektorat: Dr. Herbert Jost Hof

Besuchen Sie uns im Internet: www.macht-steuert-wissen.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

An alle, die auf der Suche nach der Wahrheit sind und die mich inspiriert haben u.a. John Lennon und Jim Garrison.

DANKSAGUNG:

Mein besonderer Dank gilt meiner Assistentin Bente Rode, die mich mit ihrer Hingabe und Tatkraft stets unterstützte. Vielen Dank auch meinem Lektor Dr. Jost-Hof für seine Arbeit und René Krüger, der mich inspirierte, dieses Buch zu schreiben. Mein Dank gilt auch meinen Kindern, Maximus und Aurelia Schrang, die unsere gemeinsame Zeit mit diesem Buch teilen mussten.

Inhaltsverzeichnis:

Politische Dummheit kann man lernen, man braucht nur deutsche Schulen zu besuchen.

Die Zukunft Deutschlands wird wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts von Außenstehenden entschieden werden.

Das einzige Volk, das dies nicht weiß, sind die Deutschen.

– Londoner Spectator, 16.11.1959 –

Vorwort

Es gibt Dinge im Leben, die sind so unglaublich, dass die meisten Menschen nicht daran glauben können. Ähnlich verhält es sich bei dem Thema der Souveränität Deutschlands sowie der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland überhaupt existiert. Wie im Vorwort ist auch dies vergleichbar wie im Film ‚Matrix', wo es um die blaue und die rote Pille geht.

Die blaue symbolisiert die Scheinwelt, in der die Menschen lebten, die sie einnehmen. Die rote Pille steht für die wirkliche Welt, die Wahrheit. In Deutschland wurde uns von Kindheitstagen an durch unsere Eltern, Schulen, die Medien sowie die Politik kontinuierlich jene blaue Pille verabreicht. Sie lässt uns in dem Glauben leben, dass unsere Welt ‚real' sei. In Wirklichkeit leben die meisten aber nur in einer Matrix - einer Scheinwelt. Mit anderen Worten, diese ‚reale' Welt ist auf einem riesigen Lügengebilde aufgebaut, doch keiner merkt es.

Es ist bekannt, dass die Menschen viel leichter eine Lüge glauben, die sie schon hundertmal gehört haben, als eine Wahrheit, die ihnen völlig neu ist.

Es gibt aber einige Wenige, die im Laufe der Zeit auch festgestellt haben, dass rote Pillen existieren. Deren Einnahme war wie eine Offenbarung für sie, denn es öffnete sich auf einmal ein Fenster in der Matrix, aus dem sie hinausschauen konnten. Was sie dort sahen, löste blankes Entsetzen bei ihnen aus, da sie feststellen mussten, dass ihr komplettes Weltbild eine Illusion war. Einzelne, die mit dieser unglaublichen Erkenntnis an die Öffentlichkeit gingen, wurden massiv bekämpft, indem man sie verleugnete, als Verschwörungstheoretiker diffamierte und sogar in die Psychiatrie abschob.

Wer die rote Pille schluckt, stellt sich folgende Fragen:

Ist Deutschland souverän oder noch ein besetztes Land?

Ist die BRD überhaupt ein Staat oder nur ein Unternehmen mit beschränkter Haftung?

Ich habe mich nur schwer diesem Thema angenommen, da es in Deutschland ein Tabu ist. Da aber die Souveränität Deutschlands sowie ein endlich abzuschließender Friedensvertrag der Schlüssel für die meisten Probleme sind, sehe ich mich in der Pflicht, über dieses Thema zu schreiben.

„Das genaue Gegenteil was allgemein geglaubt wird,
ist meistens die Wahrheit."

(Jean de la Bruyère)

In gut informierten Kreisen machte in den letzten Jahren immer wieder ein Begriff die Runde, der durch die Mainstreammedien als Hirngespinst von Verschwörungstheoretikern abgetan wurde. Die Rede ist von der sogenannten, 'Kanzlerakte', die neben dem Grundgesetz gültig sein soll.

Demnach müssen und mussten alle Kanzler der Bundesrepublik Deutschland eine geheime Unterwerfungserklärung gegenüber den Alliierten unterschreiben. Bei diesem streng geheimen Staatsvertag, soll es sich um ein Dokument handeln, das alle BRD-Kanzler von **Adenauer bis Merkel** unterschrieben haben sollen. Der ehemalige Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und spätere Kommandant der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, **Generalmajor Gerd-Helmut Komossa,** schrieb über die Kanzlerakte ein Buch. „Die deutsche Karte – Das verdeckte Spiel der geheimen Dienste", was in seiner Brisanz kaum zu überbieten ist. Er bestätigt darin, die seit 1999 verbreiteten Meldungen zur "Kanzlerakte".[1]

In ihr wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte. Außerdem wurde der ‚Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien' ebenfalls bis zum Jahr 2099 fixiert. Zum anderen wurde geregelt, dass jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten ungeachtet ihres Amtseides die sogenannte ‚Kanzlerakte' zu unterschreiben hat. Darüber hinaus bleibt die Goldreserve der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet.[2]

Anders als in Deutschland wird ganz offiziell im Ausland über die ‚Kanzlerakte' gesprochen. Allen voran in Russland, wo beispielsweise der staatliche russische Fernsehsender ‚Russia Today' nach wie vor an die bestehende alliierte Oberhoheit durch die USA über die BRD glaubt. Über die Kanzlerakte wurde sogar eine Sondersendung gebracht.[3]

Licht ins Dunkel um die mysteriösen Kanzlerakte brachte **Egon Bahr** in seiner Kolumne in dem Wochenmagazin „ZEIT". Es ging dabei um die Tatsache, dass alle Bundeskanzler einen geheimen, so genannte ‚Unterwerfungsbrief' unterschreiben müssen. Nur einer wehrte sich zunächst: **Will Brandt**. Egon Bahr hierzu:

„Ein hoher Beamter hatte ihm [Willy Brandt] drei Briefe zur Unterschrift vorgelegt. Jeweils an die Botschafter der drei Mächte – der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens – in ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissare gerichtet. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt sogar für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfas-

sung anstelle des Grundgesetzes vorsah. [...] Brandt war empört, dass man von ihm verlangte, »einen solchen Unterwerfungsbrief« zu unterschreiben. Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Da musste er sich belehren lassen, dass **Konrad Adenauer** diese Briefe unterschrieben hatte und danach **Ludwig Erhard** und danach **Kurt Georg Kiesinger**. Dass aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare geworden waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur Nato 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden war, änderte daran nichts. Er schloss: »Also habe ich auch unterschrieben« – und hat nie wieder davon gesprochen. Schon Adenauer hatte seine Anerkennung der alliierten Oberhoheit wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Sie passte nicht so recht in die Atmosphäre zehn Tage vor der Staatsgründung, und die drei Mächte hatten auch kein Interesse, diese Voraussetzung für den 23. Mai 1949 an die große Glocke zu hängen. Das blieb kein Einzelfall. Die Einschränkungen der

deutschen Souveränität existierten völkerrechtlich unverändert, solange Deutschland geteilt blieb und solange sie nicht durch einen Friedensvertrag förmlich beendet wurden. Durch die Kapitulation am 8. Mai 1945 ging die Souveränität des Reiches auf die Sieger über. Deutschland erhielt sie erst mit der Wirksamkeit des friedensvertraglichen Zwei-plus-Vier-Abkommens am 15. März 1991 zurück. Die Sieger pochten auf ihre unkündbaren Kompetenzen während dieser ganzen Zeitspanne, natürlich nicht nur vor der Geburtsstunde der Bundesrepublik, sondern auch, als sie 1955 zu Verbündeten wurden. Als ich die Kanzlerbriefe einmal gegenüber dem ehemaligen Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker** erwähnte, reagierte er zu meiner Überraschung erstaunt; er hatte von ihnen nichts gewusst. Es bedurfte keiner besonderen Absprache: Die beteiligten Deutschen wie die Alliierten hatten das gleiche Interesse, diese Manifestierung der begrenzten deutschen Souveränität nicht öffentlich werden zu lassen."[4]

Zwei Jahre später gab er zu diesem Thema der Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview in dem er folgendes ergänzte:

„Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.“[5]

Bahr spricht von der Lebenslüge der alten Bundesrepublik:

„Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert

wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. **Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie.** Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen."[6]

Immer wieder wurde durch offizielle Stellen bekannt gegeben, dass durch das '**Zwei-Plus-Vier-Abkommen'** die Deutsche Souveränität erlangt wurde. Dem ist nicht so, da beim Zusammenschluss der 'BRD' mit der 'DDR' ein streng geheimes Zusatzabkommen zum 'Zwei-Plus-Vier-Vertrag' unterschrieben werden musste. Dieses ist nur einem sehr kleinen Personenkreis bekannt und darf

durch die Medien nicht veröffentlicht werden. Es dürfte sich heute um eines der am meisten gehüteten Staatsgeheimnisse der ‚BRD' handeln.[7]

Daraus einige Einzelheiten: Die in der ‚BRD' verbleibenden Dienststellen der Siegermächte (England, Frankreich, USA und UdSSR - heute Russland), zivil und militärisch, wie Kasernen, Flugplätze, Funkstellen und weitere Liegenschaften, verbleiben weiterhin in deren Hoheitsgebiet, was folgende Auswirkungen haben kann: Kein deutscher Ermittlungsbeamter, Staatsanwalt, Richter usw. darf in diesen Hoheitsgebieten tätig werden. Die Siegermächte behalten das Recht, jederzeit auf dem Territorium der BRD zeitlich begrenzte weitere Hoheitsgebiete ohne Zustimmung deutscher Stellen einzurichten und zu unterhalten, wenn sie es zum Schutze ihrer Interessen für notwendig halten. Im Artikel 2 des Zusatzabkommens wurde festgeschrieben, dass die Siegermächte ihre Vorbehaltsrechte auf folgenden Gebieten uneingeschränkt behalten: allen elektronischen Medien, den Printmedien, Filme/Kultur und dem Erzie-

hungs- und Bildungswesen. Die Rechte erstrecken sich auf Aufsicht, Kontrolle und Lenkung. [8]

Mit anderen Worten, die deutschen Politiker sind nichts anderes als Schauspieler bzw. Statisten, die demnach ihre Regieanweisung aus Washington erhalten. Wie es **Horst Seehofer** schon treffend formulierte: „Diejenigen, die entscheiden sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden"[9]

Die BRD-Lüge

Die Wahrheitssuchenden nehmen immer mehr zu. Sie sind auch diejenigen, die sich aus der Masse VERrückt haben. Einer von ihnen ist beispielsweise der Popsänger **Xavier Naidoo,** der am 22.08.2014 sagte: „Hat Deutschland eine Verfassung? Ist Deutschland noch besetzt? Tut die NSA gar nichts Verbotenes, sondern darf sie das eigentlich sogar, weil die Deutschen es ihr per Gesetz erlauben? Weil wir eigentlich gar kein richtiges Land sind. Weil wir immer noch besetzt sind."[10]

Für diese Äußerungen wurde er massiv in den Medien diffamiert. Wie gefährlich es ist, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen, musste auch Rainer Wink, der für die AfD im Bad Kreuznacher Stadtrat saß, erfahren. Er zweifelte an der Legitimation der Bundesrepublik Deutschland und brachte das in Briefen an Oberbürgermeisterin Heike Kaster-Meurer (SPD) zum Ausdruck. Nach seinen Äußerungen hatte sich die AfD von ihm distanziert und wie die CDU beantragt, Wink aus dem Stadtrat zu werfen.

In dem Antrag heißt es: Rainer Wink bekämpfe die freiheitliche, demokratische Grundordnung und sei deshalb eines Ratsmitglieds unwürdig, so die Begründung.

Am 26.09.2014 hatte Rainer Wink daraufhin sofort seinen Platz im Stadtrat zu räumen.[11]

Es ist schon erstaunlich, da selbst **Gregor Gysi** im August 2013 bei Phoenix im Zusammenhang mit dem NSA-Abhörskandal nochmals deutlich darauf

hingewiesen hat, dass es höchste Zeit sei, die Besatzung Deutschlands zu beenden, da das Besatzungsstatut der Alliierten seit 1945 bis heute immer noch gilt!

„Aber das Verhältnis müssen wir doch mal klären…Ich muss Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, dass das Besatzungsstatut immer noch gilt, wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013… Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden? Also ich finde, es wird höchste Zeit. Also ein paar mutige Schritte müssen gegangen werden und mich stört auch, dass unsere Bundeskanzlerin nichts macht. Die müsste jetzt eigentlich mit Obama jetzt täglich telefonieren und versuchen zu klären und dann der Bevölkerung zu sagen, das wird so und so und dann und dann beendet; aber nichts hört man….“[12]

Ist Deutschland überhaupt souverän?

Seit dem NSA-Spionage-Skandal sind die Stimmen immer lauter geworden, die fragten, wie so etwas sein kann und ob Deutschland tatsächlich souverän sei oder immer noch unter Besatzungsrecht stünde. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde diese Frage immer wieder von Teilen der Bevölkerung gestellt.

Es gab nämlich von Anfang an Bestrebungen, beispielsweise von Seiten der Sowjetregierung, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Dazu wurde von russischer Seite ein entsprechender Vertragsentwurf an die drei Westmächte übersandt.[13] Mit anderen Worten, die deutsche Souveränität war schon damals Bestandteil der Diskussionen. Über Jahrzehnte wurde dieses Thema bewusst von Seiten der Politik und der Medien verschleiert.

Am 21. August 2013 fand eine überaus interessante Gesprächsrunde mit der Bundeskanzlerin **Ange-**

la Merkel zu dieser Thematik in Stuttgart statt. Dort stellte ein Zuhörer an die Kanzlerin die Frage, ob Deutschland heute noch unter Besatzungsrecht stehe.[14] "Was mich jetzt interessieren würde, ist, und ich entnehme den Hinweis der ‚Stuttgarter Zeitung', ob wir heute noch sozusagen unter Besatzungsrecht stehen. Das heißt, dass wenn der Fall eintritt, die früheren Siegermächte Weisungen erteilen können an die Bundesrepublik Deutschland bzw. an ihre Regierung. Hintergrund ist ja dann wohl, dass wir bis heute keinen Friedensvertrag haben und erst wenn wir einen Friedensvertrag hätten, wäre das Thema obsolet. Keine Regierung seit der Gründung der Bundesrepublik hat dieses Thema mal aufgearbeitet…"

Merkels Antwort war wie gewohnt schwammig. "Also, ich glaub wir sind da jetzt schon ein Stück vorangekommen. Erstens war ja mit dem Einigungsvertrag, also … hmmh … hmm … ‚2plus4-Abkommen' eigentlich die deutsche Souveränität hergestellt. Und wir haben jetzt festgestellt, dass es dennoch alte Abkommen gab, von 1968, als in

Deutschland das sogenannte ‚G10-Gesetz‛ gemacht hat, gemacht wurde, was die Arbeit der Geheimdienste regelt, dass es da noch Abmachungen mit den drei Westalliierten gab, die darauf hingedeutet haben, dass in bestimmten Fällen …. hmm …. die, sag ich mal Souveränität unseres Geheimdienstes nicht voll gewährleistet gewesen wäre. Und wir haben jetzt die ganzen Diskussionen um die Zusammenarbeit der Dienste genutzt, um diese alten sogenannten ‚68er-Vereinbarungen‛ mit Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika zu beenden, ganz formell durch Verbalnotenaustausch, wie das heißt, zu beenden, und damit ist auch in diesem letzten Bereich unsere Souveränität hergestellt. Und ich glaube, damit haben wir eigentlich das Problem gelöst."[15] Die Kanzlerin bemerkte, dass dies „in den letzten Tagen‟ geschehen sei.

Also mit anderen Worten, die Souveränität Deutschlands, um die es seit Jahrzehnten ging und die angeblich durch das 2plus4-Abkommen endlich hergestellt wurde, hat Frau Merkel so mir nichts,

dir nichts kurz vor der Podiumsdiskussion herstellen lassen. Die Show, die die Kanzlerin bei dieser Diskussion veranstaltet hat, gleicht einer schauspielerischen Leistung höchster Güte, die sogar hochbezahlte Hollywoodakteure in den Schatten stellt.

Es ist schon bemerkenswert, in welchen Dimensionen die Bundesregierung in dieser existentiell wichtigen Frage Desinformation betreibt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel weiß sehr genau, warum sie solch heiklen Fragen der Datenüberwachung seitens des US-Geheimdienstes NSA ausweicht. Es gilt nämlich noch weiterhin alliiertes Besatzungsrecht: Artikel 53, 77, 107 der UN-Charta (1945) erlaubt Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während des Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war. Demnach ist Deutschland (Deutsches Reich) weiterhin ein „**Feindstaat**".

Auch durch den Überleitungsvertrag der drei Westalliierten (USA, GB, F) aus dem Jahre 1953 sind alle Maßnahmen für die Zwecke der Reparation oder Restitution gegen das deutsche Auslands- und sonstige Vermögen erlaubt und Klagen dagegen unzulässig. In der Liste IV zum Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik vom 23.10.1954 bestätigt Artikel 2 Absatz 1 Satz 1:

„Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften bestehen". Mit anderen Worten: Die alliierten Geheimdienste dürfen somit weiterhin in diesem Lande tätig bleiben.

„Völlig ungeklärt ist nach wie vor die Rolle einer ebenfalls streng geheim gehaltenen NATO-Vereinbarung vom 4. Oktober 2001. Der Schweizer Liberale und ehemalige Sonderermittler des Europarats Dick Marty hat mehrmals darauf hingewiesen, dass das Kriegsbündnis unmittelbar nach der offiziellen Ausrufung des Bündnisfalls an diesem Tag eine Geheimsitzung abhielt, auf der die Geheimdienste, geführt von der CIA, faktisch freie Hand im ‚Anti-Terror-Krieg' erhielten – die Verschleppung von Verdächtigen mutmaßlich inklusive. Der Bündnisfall ist, wie der Deutsche Bundestag zuletzt am 13. Dezember 2012 bestätigte, weiterhin in Kraft." schreibt auch die Zeitung ‚German Foreign Policy'.[16]

In jedem Fall ist die deutsche Souveränität, sollte sie überhaupt bestehen, massiv beschränkt – und bleibt es auch. Es gibt nämlich Gesetze dafür, die die Einschränkung der nationalen Rechte der Deutschen legitimieren. An eine Änderung dieser Gesetze ist nicht gedacht. Für die Bürger heißt es, dass sie nicht einmal erfahren, in welchem Ausmaß

ihre Souveränität bereits verkauft und verraten wurde. Die Amerikaner haben seit dem Krieg gegen den Terror ihre eigenen Gesetze erlassen, die auch in Deutschland gelten. Uns gegenüber wurden sie aber verschwiegen, weil es für militärische Gesetze keine Regeln zur ordnungsgemäßen Bekanntmachung gibt.

Dass die Bundeskanzlerin das alles nicht weiß, ist äußerst unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Abgabe der deutschen Souveränität aufgrund der Anti-Terror-Maßnahmen bereits so weit fortgeschritten ist, dass man eigentlich davon sprechen kann, dass die Deutschen im Zustand des immerwährenden Kriegsrechts leben.

Bei einem Truppenbesuch in Ramstein am 05.06.2009 sagte **Obama** ganz direkt: „Deutschland ist ein besetztes Land und wird es auch bleiben“.[17]

Aufgrund ihrer Position als Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkriegs brauchen die USA noch nicht

einmal den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuerkennen und nehmen sich (völkerrechtlich legitim) das Recht heraus, jederzeit in den Niederlanden militärisch zu intervenieren, sofern Bürger der USA dort für entsprechende Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden sollen.[18] [19] Da aufgrund der fehlenden Souveränität und eines Friedensvertrag keiner die USA zur Rechenschaft ziehen kann, läuft ihre Politik munter so weiter. Mittlerweile wird auch von den US-Vasallen, die sich „Bundesregierung" nennen, kein Hehl mehr aus diesem Zustand gemacht.

Im Rahmen des ‚European Banking Congress' in der Alten Oper in Frankfurt am 18. November 2011 sagte beispielsweise Finanzminister **Wolfgang Schäuble**, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten sei ohnehin nur ein Relikt der Vergangenheit: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen!"[20]

Im ZDF-Morgenmagazin vom 25.05.2011 erklärte **Xavier Naidoo**: „Deutschland hat keinen Friedensvertrag und ist immer noch ein besetztes Land."[21]

Es ist schon interessant, wie mit zweierlei Maß gemessen wird, auf der einen Seite werden Leute, wie z.B. Xavier Naidoo, die die Souveränität Deutschlands anzweifeln, als rechte Verschwörungstheoretiker diffamiert und auf der anderen Seite bestätigt Wolfgang Schäuble das, ohne dass sich jemand daran stört.

Die Erkenntnisse des Herrn Schäuble schienen der Bundeskanzlerin neu gewesen zu sein, denn im Rahmen der NSA-Affäre hat sie mit Ahnungslosigkeit und Überraschung reagiert. Etwas anderes war von ihr auch nicht zu erwarten, da - wie gesagt - sie sich bestens in der politischen Schauspielkunst auskennt. Als Kanzlerin müsste sie sehr wohl darüber Bescheid wissen, dass sämtliche Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in der

BRD insbesondere von CIA und NSA aufgebaut worden sind.

Schön, wie hier jahrelang von der Parlamentsfüllmasse im Bundestag um die 6-monatige Vorratsdatenspeicherung gerungen wurde, während die Totalüberwachung für die Bevölkerung schon lange Realität war.

Interessant ist allerdings, dass die Bundesrepublik laut den von Edward Snowden publizierten NSA-Dokumenten als Partnerland 3. Klasse angesehen wird. Das bedeutet, **Deutschland wird als potentielles Angriffsziel betrachtet**.[22] Somit ist es normal, dass man seinen vermeintlichen Gegner, der offiziell als Freund bezeichnet wird, gezielt ausspäht.

Mittlerweile ist bekannt geworden, dass der Bundesnachrichtendienst jahrelang Daten deutscher Staatsbürger an den US-Geheimdienst NSA übermittelt hat. Das ergaben Recherchen von ‚Süddeutscher Zeitung‛ (SZ), ‚Norddeutschem

Rundfunk‘ (NDR) und ‚Westdeutschem Rundfunk‘ (WDR) zu streng geheimen Unterlagen einer Operation mit dem Codewort ‚Eikonal‘, die von der Bundesregierung dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages vorgelegt wurden.

Ausweislich der geheimen Unterlagen wurden von 2004 bis 2008 am Frankfurter Internetknoten abgefangene Rohdaten an den amerikanischen Partnerdienst weitergeleitet.

Brisant dabei ist, dass die Operation vom damaligen Kanzleramtsminister und heutigen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** (SPD) genehmigt worden war.[23]

Es gab einige Stimmen, die sich fragen, wie es sein kann, dass ein führender, deutscher Politiker eine fremde Nation beim Datenklau unterstützt. Bei einem Land, das tatsächlich souverän ist, wäre das unmöglich.

2plus4 Vertrag

Der ‚2plus4 Vertrag‛ galt lange von Seiten der Politik und der Medien als Totschlagargument um die Skeptiker, die nicht an eine Souveränität Deutschlands glaubten, mundtot zu machen.

Einer der prominenten Vertreter, die das erfahren mussten, war – wie bereits erwähnt - Xavier Naidoo. Der ‚2plus4 Vertrag‛ kann als die größte Nebelkerze bezeichnet werden, die von den Besatzern und ihren willigen Vollstreckern aus der deutschen Politik gezündet worden ist. Auf der anderen Seite stand im Tal der Ahnungslosen **‚Das Deutsche Volk‛**, was zu diesem Zeitpunkt noch in der Euphorie des gerade gewonnenen Fußball-WM-Titels schwelgte.

Die folgenden Texte regeln eindeutig das fortgeltende Besatzungsrecht in der BRD auch nach dem sogenannten ‚Zwei plus Vier-Vertrag‛ vom 12.09.1990:

In der ‚Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung vom 27.10.1954)‘ steht unter Punkt 3. zu lesen: *„3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft: […] Außerdem bleiben Absatz 7 der Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate sowie die Bestätigungsschreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 in Kraft.“*[24]

Von besonderem Interesse für die angebliche Souveränität der BRD ist allerdings der kaum bekannte ‚Vertrag zum Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin vom 25.09.1990‘[25]. Hier wurde mit einem **Taschenspielertrick**, die soeben durch den ‚Zwei- plus-Vier-Vertrag‘ angeblich gewährte Souveränität in

vollem Umfang wieder zurückgenommen. Im selben Moment wurde das Besatzungsrecht umfassend wieder hergestellt. Dessen Artikel 2 lautet: „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in und in Bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind."

Durch die Formulierung „in und in Bezug auf Berlin" wurde die Rückkehr zum umfassenden Besatzungsrecht am 25.09.1990 in der Bundesrepublik Deutschland durch die Hintertür angeordnet. Nach Artikel 4 dieses Vertrages sind zudem alle Urteile und Entscheidungen von alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam. Was bedeuten würde, dass Deutschland immer noch ein besetztes Land ist.

Deutschland ist besetztes Gebiet

Das ZDF-Magazins ‚Frontal 21' nahm sich auf Grund alter Geheimverträge des Themas an und belegte zudem, dass es große Zweifel darüber gibt, ob Deutschland ein souveränes Land ist. Hintergrund für diese Annahme sind alte Geheimverträge und Sonderschnüffelrechte bei Briefen und Kommunikation, die 20 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch aktuell sind.[26]

Fakt ist, dass mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches im Jahre 1945 die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen haben. Dies ergibt sich aus der sogenannten ‚Berliner Erklärung' vom 05.06.1945.[27]

Interessanterweise ist in den vergangenen Jahrzehnten die Ausübung der obersten Regierungsgewalt durch die drei westlichen Besatzungsmächte mehr und mehr in irgendwelchen Hinterzimmern durchgeführt worden, um diese Praxis der Öffent-

lichkeit gezielt vorzuenthalten. Der sogenannte **‚Bundespräsident'** muss nach wie vor 21 Tage Zeit verstreichen lassen, bis er ein Gesetz oder eine Verordnung unterzeichnen darf. Das ist genau die Frist, in der die Besatzungsmächte entscheiden, ob sie zustimmen oder ablehnen.[28]

Ein relativ aktuelles Beispiel für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt im Besatzungsgebiet durch die drei westlichen Besatzungsmächte ist die Verfügung der sogenannten ‚Bereinigungsgesetze' aus den Jahren 2006, 2007 und 2010. Diese Gesetze sind weder im sogenannten ‚Bundestag', noch im sogenannten ‚Bundesrat' diskutiert oder beschlossen worden. Sie wurden von den drei westlichen Besatzungsmächten lediglich verfügt, und anschließend im ‚Bundesgesetzblatt' veröffentlicht.

Diese Praxis ist nicht neu; bereits **Kurt-Georg Kiesinger**, der dritte Bundeskanzler der BRD, nahm diesbezüglich kein Blatt vor den Mund und sagte im Spiegel am 21.05.1958: „Wir sind doch

faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten."[29]
Über die Entscheidungswege hinsichtlich dieser ‚Bereinigungsgesetze' ist die Öffentlichkeit, wie so häufig, gezielt uninformiert gelassen worden. Mit den ‚Bereinigungsgesetzen' machten die drei westlichen Besatzungsmächte deutlich, dass die sogenannte ‚BRD' von ihnen regiert wird, und dass sie somit auch praktisch die oberste Regierungsgewalt ausüben.[30]

Wie US-Sicherheitsberater **Zbigniew Brzezinski** es direkt formulierte: „Deutschland steht unter der Zwangsherrschaft des US-Imperialismus, ist ein tributpflichtiger Vasallenstaat."[31]

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass alleine die Besatzungsmacht USA offiziell noch zehntausende US-Soldaten im deutschen Besatzungsgebiet stationiert hat.[32] Die Besatzungskosten werden hierfür natürlich von der ‚BRD', mit anderen Worten vom Steuerzahler bezahlt.[33] Sogar die ‚Bundeswehr' steht unter dem Oberbefehl der USA.[34] Zudem befinden sich unzählige amerikanische Atomwaffen

in Deutschland, wogegen jedoch die ‚BRD'-Bediensteten nichts ausrichten können. Als große Show-Veranstaltung für das Volk hatte sich der sogenannte ‚Bundestag' im März 2011 mit großer Mehrheit für den Abzug der US-Atomwaffen ausgesprochen, was jedoch völlig folgenlos geblieben ist.[35]

Im Rahmen des Irak-Krieges ab dem Jahre 2003 wurden diverse US-Militär- und CIA-Flüge in und über Deutschland durchgeführt. Mehr noch, sogar bewaffnete Drohnen sind von Deutschland aus gestartet. Da Deutschland die Besatzungskosten in Milliardenhöhe großzügig übernimmt, finanzieren indirekt deutsche Bürger die menschenfeindlichen Drohnenkriege der US-Regierung. Zudem wurden wahrscheinlich sogar CIA-Foltergefängnisse in Deutschland unterhalten. Zusammenfassend können wir feststellen, dass die oberste Regierungsgewalt im Besatzungsgebiet nach wie vor durch die drei westlichen Besatzungsmächte ausgeübt wird.

Das hierzu geschaffene Verwaltungskonstrukt ‚BRD‛ ist dabei nur ihr verlängerter Arm und die oberen Repräsentanten der ‚BRD‛ sind deren Erfüllungsgehilfen und Interessenvertreter. Mit anderen Worten, es sieht so aus, als ob es sich bei der ‚Regierung der BRD‛ lediglich um eine Schein- beziehungsweise Marionettenregierung handelt.

BRD GmbH

Der Grundstein für eine der größten Lügen des letzten Jahrhunderts wurde bereits mit Gründung der ‚BRD‛ gelegt. Bei der Erarbeitung des ‚Grundgesetzes‛ wurde nämlich berücksichtigt, dass die ‚BRD‛ kein Staat sein kann. Es wurde lediglich eine Verwaltung mit Firmencharakter geschaffen. Dies zeigt sehr deutlich, der Artikel 133 des ‚Grundgesetzes‛, in dem es heißt:

„Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.‟

Dies bedeutet, dass die ‚BRD' von den drei westlichen Besatzungsmächten lediglich wirtschaftliche Verwaltungsbefugnisse zugestanden bekommen hat. Somit konnte die ‚BRD' nicht in die Rechte und Pflichten des Staates Deutsches Reich eintreten. Die sogenannte ‚Bundesrepublik Deutschland' ist damit kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Dies ist insofern sehr bedeutsam, da ein legitimer Staat auf deutschem Boden immer auch Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches wäre.

„Dieses Grundgesetz haben uns die Amerikaner, um es vorsichtig zu sagen, anempfohlen. Man könnte auch sagen, auferlegt."[36] (**Willy Brandt)**

Im Weiteren hatte man auch bei der Abfassung der übrigen Artikel des ‚Grundgesetzes' den Firmencharakter dieser reinen Wirtschaftsverwaltung gleichermaßen mit berücksichtigt. An 13 Stellen steht der Begriff ‚Geschäft'. Es werden darin die Begriffe Geschäftsordnung, Geschäfte und Geschäftsbereich verwendet.

Im ‚Grundgesetz‘ wird dementsprechend klar geregelt, dass ‚Minister‘ keine Politikbereiche sondern ‚Geschäftsbereiche‘ leiten und dass der ‚Bundeskanzler‘ nicht die Politik bestimmt, sondern die ‚Geschäftspolitik‘. Er regiert nicht, sondern leitet ‚Geschäfte‘, was man sehr schön an folgenden Artikeln des Grundgesetzes erkennen kann:

Artikel 53 Grundgesetz:
„Der Bundesrat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem Laufenden zu halten."

Artikel 65 Grundgesetz:
„(Es)......leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig" .... Der Bundeskanzler leitet seine Geschäfte nach einer ...... Geschäftsordnung."

Artikel 69 (3) Grundgesetz:
„Auf Ersuchen .... ist der Bundeskanzler .... oder .... ein Bundesminister verpflichtet, die

Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen."
Darüber hinaus bestehen keine Tätigkeitsregularien sondern ‚Geschäftsordnungen'.

Artikel 40 Grundgesetz:
„Der Bundestag ...... gibt sich eine Geschäftsordnung."

Artikel 42 (2) Grundgesetz:
„Für die ...... kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen."

Artikel 52 (3) Grundgesetz:
„Der Bundesrat ...... gibt sich eine Geschäftsordnung."

Artikel 77 (2) Grundgesetz:
„Der Bundesrat kann .... verlangen, daß ein .... Ausschuß einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung, ..."

Artikel 93 (1) Grundgesetz:

„Das Bundesverfassungsgericht entscheidet .... über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind."

Diese Formulierungen sind üblicherweise eher in Gesellschafterverträge von GmbHs zu finden, als in Verfassungen und es ist ja allgemein bekannt, dass GmbHs durch Geschäftsführer geleitet werden.

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender formulierte es auf dem Landesparteitag in Dortmund, 27. Februar 2010, wie folgt: „Wir haben gar keine Bundesregierung – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland."[37]

Mit anderen Worten, bei den sogenannten `Bundeskanzlern' handelt es sich um die obersten Statisten, welche die Interessen der Besatzungsmäch-

te gegenüber der hiesigen Bevölkerung durchzusetzen haben.

Dadurch wird auch ersichtlich, dass sich die Bürger jegliche Teilnahme an politischen Wahlen sparen können. Getreu dem Motto: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten."

BRD Finanz GmbH

Der Bevölkerung wird raffiniert vorgetäuscht, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um einen Staat handeln würde. Dem ist aber nicht so, die BRD ist vielmehr die Simulation eines Staates!

Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass die Drahtzieher des ‚BRD'-Systems im Jahre 1990 eine **‚Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH'** gegründet haben. Diese Firma hat die Aufgabe, die finanziellen Verhältnisse des ‚BRD'-Systems nach innen und außen zu gestalten.

Das durch die Politik angepriesene Grundgesetz ist unter diesen Gesichtspunkten wohl eher als die ‚Allgemeine Geschäftsbedingungen' der BRD GmbH bzw. als ein ‚Gesellschaftervertrag' der Siegermächte zu verstehen.

Die BRD GmbH ist eine Kurzform für die ‚Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH'. Es ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die unter der Nummer HRB 51411 im Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main am 29. August 1990 eingetragen wurde.[38] Darüber, was die ‚Bundesrepublik Deutschland' tatsächlich ist, besteht einige Verwirrung. In dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 heißt es:

„Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen."[39]

Im selben Jahr 1990 wurden die beiden Staaten ‚Bundesrepublik Deutschland' und die ‚Deutsche Demokratische Republik' bei den Vereinten Nationen abgemeldet. ‚Germany', also Deutschland, wurde angemeldet, und steht seither in der Mitgliederliste der UN.[40]

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass die ‚Deutsche Demokratische Republik' untergegangen ist. Nur den wenigsten ist aber auch bewusst, dass die ‚Bundesrepublik Deutschland' ebenfalls Geschichte ist. Zusammen mit dem Territorium der DDR und Berlin ist mit dem Einigungsvertrag ein neuer Staat, ‚Das vereinte Deutschland', gegründet worden. Die Bürger der ‚Bundesrepublik Deutschland' wurden natürlich nicht darüber informiert, dass ihr Staatsgebilde aufgelöst wurde. Dann stellt sich doch die Frage, wie kann dann das ‚Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland' noch Gültigkeit haben? Mit anderen Worten, die gegenwärtige BRD ist die Simulation eines zivilen Wirtschaftsbetriebes unter Besatzungshoheit.

Spannend wird es für denjenigen, der die oben besagte rote Pille geschluckt hat. Wenn er sich das Impressum der ‚Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH' anschaut, dann steht dort nämlich folgendes:

„Die ‚Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH' ist ein Ende 2000 gegründetes Unternehmen des Bundes mit Sitz in Frankfurt/Main. Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die ‚Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH' ist bei ihren Geld- und Kapitalmarktgeschäften nur und ausschließlich im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Sondervermögen tätig."[41]

Auf der Webseite dieser Gesellschaft findet sich die Behauptung, dass dieses ‚Unternehmen' im Jahr 2000 gegründet wurde. Tatsächlich wurde hierzu eine insolvente, frühere DDR-Firma umfirmiert und

in Frankfurt am Main angemeldet. Auf dem Handelsregisterauszug findet sich jedoch das ausgewiesene Gründungsdatum mit 29.08.1990![42] Was für ein Zufall, in genau diesem Jahr fand auch die ‚Wiedervereinigung' statt.

Weshalb versucht man, die Öffentlichkeit über das tatsächliche Gründungsdatum bewusst zu täuschen? Vermutlich soll verschleiert werden, was 1990 wirklich geschehen ist: Die angebliche ‚Wiedervereinigung'. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um die endgültige Umwandlung der ‚Bundesrepublik Deutschland' von einer fremdbestimmten Gebietskörperschaft ohne jede Souveränität in eine Firma der Besatzungsmächte. Die führenden Politdarsteller wissen natürlich darüber Bescheid. Im Wahlkampf 2009 fragte **Jürgen Trittin** ganz offen in einer Fernseh-Talkshow, bei der unter anderem auch Guido Westerwelle (Vizekanzler) teilnahm, ob die Kanzlerin und ihr Stellvertreter die Firma weiterführen.[43]

Firmencharakter:

Wegen des beschriebenen Firmencharakters der sogenannten ‚BRD' gibt es im ‚BRD'-System bestenfalls ‚Verwaltungen' oder ‚Behörden'. Der Begriff ‚Amt' ist nämlich nicht handelsrechtlich geschützt und so könnte jeder seine Firma ‚Amt', ‚Amtsgericht', ‚Kraftfahrtamt' oder ‚Finanzamt' usw. nennen.

Sollte jedoch jemand seine Firma beispielsweise ‚Amtsgericht' oder ‚Finanzamt' nennen, ohne dass es sich dabei um wirkliche, das heißt staatliche Ämter mit vom Staate berufenen Beamten handelt, begeht er zwei Straftaten, nämlich ‚Täuschung im Rechtsverkehr' und ‚Amtsanmaßung'.

Damit die Akteure des ‚BRD'-Systems aus diesen Straftaten herauskommen, werden nunmehr allmählich die Begrifflichkeiten geändert. Die einzelnen Unterfirmen, die früher noch als ‚Ämter' bezeichnet wurden, werden allmählich umbenannt:

Statt einem ‚Arbeitsamt‛ gibt es jetzt eine ‚Bundesagentur für Arbeit‛.

Diese ist vertreten durch einen Vorstand. Außerdem haben sie auch keine Hoheits- oder Staatszeichen mehr. Nach Reformen der ‚Bundesagentur für Arbeit‛ im Jahr 2002 wurde der Präsident durch einen dreiköpfigen Vorstand ersetzt. Aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit haben dessen Mitglieder auch keinen Beamtenstatus mehr.

<u>Hier eine kleine Auswahl:</u>

Einwohnermeldeamt	‚Bürgerservice‛
Sozialamt	‚ARGE GmbH‛
Gewerbeamt	‚Abteilung Gewerbe‛
Amtsgericht	‚Justizzentrum‛
Postamt	‚Post AG‛
Finanzamt	‚Finanzverwaltung‛

Im selben Atemzug wurden Aktenzeichen umbenannt in Geschäftszeichen.

Folgerichtig werden im jeweiligen Impressum von ‚BRD'-Unterfirmen nicht etwa Amtsvorsteher benannt, sondern lediglich ‚Geschäftsführer'.

Dabei könnte man jetzt denken, es habe sich früher bei den genannten Institutionen um Ämter gehandelt, die jetzt privatisiert worden seien. Dem ist nicht so, es waren seit Gründung der ‚BRD' schon immer Firmen, nur werden jetzt sukzessive die Bezeichnungen angepasst![44]

So haben sämtliche Unterfirmen der ‚BRD' Ust.-Ident.-Nummern. Dies gilt im Normalfall nur für Firmen, jedoch nicht für Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Man kann unproblematisch über die Finanzverwaltungen die Ust.-Ident.-Nummern der Unterfirmen des ‚BRD'-Systems herausfinden:

Beispielsweise hat die Firma **‚BUNDESTAG'** die USt-IdNr. DE 122119035. Als Geschäftsführerin des Wirtschaftsgebietes hat Frau Merkel eine Ust-Idnr.: DE 122116053

Erstaunlich dabei ist, dass es Steuernummern nur für Firmen, juristische Personen etc. gibt. Damit wäre bewiesen, dass es sich beim Bundestag um eine Firma handeln muss – genauer gesagt, um ein Schauspielhaus, in dem Theater gespielt wird: Die einen spielen ‚Regierung' – die anderen spielen ‚Opposition'.

Zu guter Letzt ist die **‚Regierung der Bundesrepublik Deutschland'** als Gewerbebetrieb mit der D-U-N-S Nummer 498997931 beim internationalen Wirtschaftsauskunftsdienst Dun & Bradstreet registriert.

Mit anderen Worten, wir sind das Personal der BRD GmbH und haben deswegen auch einen Personalausweis.

Personalausweis

Sollte, wie von immer mehr Menschen angenommen, die ‚BRD‘ lediglich eine Firma und kein Staat sein, dann ist es auch demzufolge normal, dass ‚Personalausweise‘ von Stellen der ‚BRD‘ ausgegeben werden. Die Bezeichnung ‚Bundespersonalausweis‘ wäre nur folgerichtig, da der Inhaber schließlich Personal der Firma ‚Bundesrepublik Deutschland GmbH‘ ist. Eigentlich müsste der Ausweis ‚Personenausweis‘ heißen, da jeder eine natürliche Person ist. Die Vertreter der älteren Generation werden sich vielleicht erinnern, dass es früher Personenausweise oder Identitätskarten gab.

Betrachtet man sich seinen Personalausweis sowie den Reisepass genau, dann wird man erkennen, dass aber gar keine Staatsangehörigkeit angegeben wird. Es findet sich lediglich unter der Rubrik Staatsangehörigkeit ein Eintrag: „Deutsch“. Ein Staat mit diesem Namen existiert allerdings auf der ganzen Welt nicht.[45]

Wenn wir uns aber zum Thema Staatsangehörigkeitseintrag in Pässen international etwas umschauen, dann sieht es wie folgt aus: In Reisepässen der USA beispielsweise findet sich unter der Rubrik ‚Staatsangehörigkeit' nicht etwa der Eintrag ‚AMERICAN', sondern korrekterweise der Eintrag ‚United States of America', weil dieser Staat nun einmal so heißt.

Auch in Großbritannien ist unter der Rubrik ‚Staatsangehörigkeit' völlig korrekt der Name des Staates, nämlich ‚United Kingdom' zu finden, und nicht etwa der Eintrag ‚BRITISH'.

Gleichermaßen ist auf der gesamten Welt die Staatsangehörigkeit im jeweiligen Pass angegeben, nur nicht in den ‚BRD'-Pässen.[46]

Resümee

Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.

- Amerikanische Regierungsanweisung Directive JCS 1067/6 –[47]

Sollte diese Ungeheuerlichkeit tatsächlich so ablaufen, dann hätte seit fast 70 Jahren die ‚Regierung' der Bundesrepublik bewusst und vorsätzlich ihre Bürger hintergangen und belogen. Außerdem hätte sie die Existenz eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vorgetäuscht, der nie vorhanden war und sogar von deutschen Politikern verhindert wurde. Zudem hätten sie ausschließlich alliierte Interessen vertreten, gegen den Willen und zum Schaden des eigenen Volkes, dem zu dienen sie vorgaben.

Die Bundesrepublik IN Deutschland ist kein Staat, sondern geschäftsführender Justiziar von Län-

dersimulationen in einem staatlichen Provisorium, welches geschäftlich als Wirtschafts- und Verwaltungseinheit unter Besatzung betrieben wird.

Die Luft der Initiatoren bzw. der Politikmarionetten wird immer dünner, da immer mehr Menschen erwachen. Vor Jahren galten Leute, die dieses Thema ansprachen, als Spinner und Verschwörungstheoretiker und wurden ignoriert.

Die Menschen, die sich aus der Matrix verabschieden, indem sie die rote Pille nehmen, lassen sich aber nicht mehr einschüchtern. Immer mehr Menschen informieren sich im Internet und prüfen diese ungeheuerlichen Sachen nach. Instinktiv spüren sie, dass keine Macht so groß ist, wie die Kraft einer Idee, deren Zeit gekommen ist.

Es ist bekannt, dass die Sieger die Geschichte schreiben, in diesem Fall die Besatzer. Aufgrund der erdrückenden Beweislast wird höchstwahrscheinlich dies in der Zukunft als eine der größten Lügen in die Geschichtsbücher eingehen.

Anhand diverser Zitate von **Willi Brandt, Gregor Gysi, Sigmar Gabriel, Jürgen Trittin** etc. sieht man sehr schön, dass die Politelite genau darüber Bescheid weiß und sie nur ein Theaterstück spielt. Sie agiert nach dem Motto: „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht!"

Im Übrigen handelt es sich bei den folgenden dargestellten rechtlichen Zusammenhängen nicht etwa um "juristisches Geheimwissen". Ganz im Gegenteil! Jeder kann und soll alle dargestellten Sachverhalte nachrecherchieren.

Deshalb bleibt es jedem selbst überlassen, weiterhin die blaue Pille zu schlucken und Teil der Matrix zu sein oder sich der immer größeren Gemeinschaft der Erwachten anzuschließen.

Helfen auch Sie, das Wissen zu verbreiten. Sollte Ihnen dieses Buch gefallen haben, dann erzählen Sie es bitte Ihren Freunden und Bekannten und wenn nicht, dann erzählen Sie es doch bitte mir:

info@macht-steuert-wissen.de

Über eine kurze Kundenrezension würde ich mich sehr freuen.

Ihr

Heiko Schrang

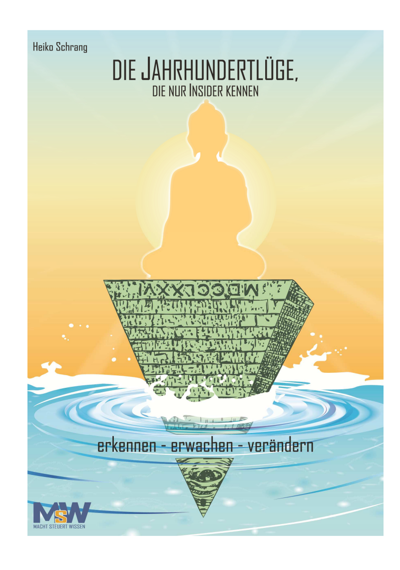
JETZT AUCH ALS E-BOOK ERHÄLTLICH!

Nur bei uns im Shop unter: www.macht-steuert-wissen.de

Literaturempfehlung:

Fröhner, Holger — Das Deutschland Protokoll
J.K. Fischer-Verlag, — ISBN: 978-3941956001

Maurer, Dr. Klaus — Die „BRD"-GmbH
Sunflower-Verlag; — ISBN: 978-3000440229



Das Buch ist seit Februar 2013 am Markt erhältlich und hat sich zwischenzeitlich zu einem Bestseller entwickelt. Mittlerweile über 100 Rezensionen sprechen eine eigene Sprache.

Hardcover 24,90 €
ISBN: 978-3-9815839-0-8

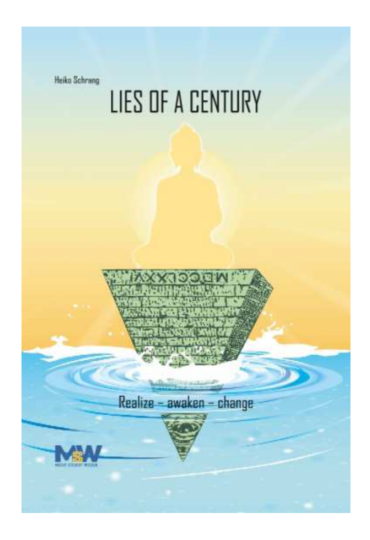
Ebook 12,99 €
epub ISBN: 978-3-9815839-1-5
PDF ISBN: 978-3-9815839-7-7



Das Hörbuch
Gesprochen vom bekannten und beliebten Schauspieler **Horst Janson**. Er gibt dem Hörbuch mit seiner markanten Stimme eine besondere Tiefe.

6-CD-Set 29,99 €
ISBN: 978-3-9815839-6-0

MP3 Download 19,99 €
ISBN: 978-3-9815839-5-3



Aufgrund der großen internationalen Nachfrage wurde das Buch unter dem Titel „Lies of a century" ins Englische übersetzt und ist als ebook-Version (epub und Kindle) erhältlich.

Ebook 12,99 €

epub ISBN: 978-3-9815839-2-2
Kindle ISBN: 978-3-9815839-4-6



Nach dem Erfolg des ersten Buches *„Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen"* setzt dieses Buch ganz neue Akzente. Wie bereits beim ersten Buch verbindet der Autor auch wieder gekonnt komplexe politische mit spirituellen Themen und bietet praktische Tipps und Lösungen an, die Ihr Leben verändern können.

Hardcover 24,90 €

ISBN: 978-3-9815839-9-1

Ebook 12,99 €

epub ISBN: 978-3-945780-03-9
PDF ISBN: 978-3-945780-04-6

[1] Gerd-Helmut Komossa, "Die deutsche Karte: Das versteckte Spiel der geheimen Dienste", Ein Amtschef des MAD berichtet, Ares Verlag; Seite 21

[2] Ebd., S. 22.

[3] https://www.youtube.com/watch?v=nGKGPJaLuM0 (abgeru-fen 15.10.2014)

[4] http://www.zeit.de/2009/21/D-Souveraenitaet (abgerufen am 27.10.2014)

[5] http://jungefreiheit.de/wissen/geschichte/2011/lebensluege-der-bundesrepublik/ (abgerufen 24.09.2014)

[6] Ebd.

[7] http://www.kaiserkurier.de/kurier082/die-kanzlerakte.html (abgerufen: 10.11.2014)

[8] http://www.change.org/p/bundesregierung-offenlegung-des-zusatzabkommens-des-2-plus-4-vertrages (abgerufen: 15.10.2014)

[9] Horst Seehofer in der Sendung „Pelzig" vom 20.05.2010 https://www.youtube.com/watch?v=UBZSHSoTndM (abgerufen 15.10.2014)

[10] http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/xavier-naidoo-auf-montagsdemos-ueber-deutschland-und-paedophile-a-987539.html (abgerufen am 27.10.2014)

[11] http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/bad-kreuznach_artikel,-Entscheidung-hinter-verschlossenen-Tueren-Stadtrat-wirft-Wink-raus-_arid,1211791.html#.VGoVg_mG9io (abgerufen am 17.11.2014)

[12] Interview in Phoenix mit Gregor Gysi 08. August 2013 http://www.youtube.com/watch?v=06bitxbq0Q0 (abgerufen am 27.10.2014)

[13] „Das Volk" vom 12.03.1952

[14] https://www.youtube.com/watch?v=YxFgt4poCBU (abgeru-fen am 27.10.2014)

[15] Ebd.

[16] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19312 (abgerufen 29.09.2014)

[17] Dr. Klaus Maurer, Die „BRD"-GmbH, zweite Auflage, S. 40

[18] vgl. "Spiegel online" vom 12. Juni 2002

[19] De Telegraf" vom 07. Juni 2002

[20] http://www.youtube.com/watch?v=Ab1lyuTyu0U (abgerufen am 27.10.2014)

[21] Xavier Naidoo im ZDF-Morgenmagazin vom 25.05.2011 http://www.youtube.com/watch?v=SUzMWVP-K2s (abgerufen am 27.10.2014)

[22] http://rt.com/news/us-nsa-spying-germany-443/ (abgerufen am 27.10.2014)

[23] http://www.sueddeutsche.de/politik/spaeh-affaere-bnd-leitete-daten-vondeutschen-an-nsa-weiter-1.2157406 (abgerufen 08.10.2014)

[24] http://principality-of-se-aland.eu/pdf/bgbl%20II_1990_S1386_dreimaechtevertrag.pdf (abgerufen am 27.10.2014)

[25] http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/InternatRecht/Vertraege/RegelungBerlin1990/Uebersicht.html?nn=560776 (abgerufen am 27.10.2014)

[26] http://www.youtube.com/watch?v=mpDPcwacA7U (abgerufen am 27.10.2014)

[27] völkerrechtlich korrekte Zitierweise: "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 05.06.1945), in:

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7-9 sowie documentArchiv.de [Hrsg.], URL: www.documentarchiv.de/in/1945/niederlage-deutschlands_erkl.html (abgerufen am 27.10.2014)

[28] Dr. Klaus Maurer, Die BRD-GmbH, zweite Auflage, S. 17

[29] http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41761463.html (abgerufen am 27.10.2014)

[30] Dr. Klaus Maurer, Die BRD-GmbH, zweite Auflage, S. 17

[31] Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Fischer Verlag, S. 92

[32] http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/usa-bewertung-truppenstaerke (abgerufen am 27.10.2014)

[33] http://www.bild.de/politik/inland/bundesregierung/zahlt-millionen-fuer-us-armee-33432114.bild.html (abgerufen am 27.10.2014)

[34] Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 06.09.2012 sowie Rheinische Post vom 31.10.2012

[35] vgl. ZEIT online vom 05.09.2012

[36] Bunte, 14.02.1991, S. 94

[37] http://www.vu-e.com/wp-content/uploads/2013/04/Zitat-Sigmar-Gabriel.pdf (abgerufen: 29.09.2014)

[38] http://www.firmendb.de/firmen/113145.php (abgerufen am 27.10.2014)

[39] http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html (abgerufen am 27.10.2014)

[40] http://www.unric.org/de/pressemitteilungen/4116-die-192-mitgliedstaaten-der-vereinten-nationen (abgerufen am 27.10.2014)

[41] http://www.deutsche-finanzagentur.de/foot-navigation/impressum/ (abgerufen am 27.10.2014)

[42]

http://www.google.de/imgres?imgurl=http%3A%2F%2Fmydailyforum.net%2Fwp-

con-
tent%2Fuploads%2F2014%2F04%2Furl.png&imgrefurl=http%
3A%2F%2Fmydailyforum.net%2F2014%2F04%2F&h=643&w=
914&tbnid=8GxC50_LWBSkVM%3A&zoom=1&docid=rpYvNjIAy
JZ6NM&ei=BWdOVOTiOoKfygO27ILICg&tbm=isch&iact=rc&uac
t=3&dur=380&page=1&start=0&ndsp=50&ved=0CEwQrQMwD
g (abgerufen am 27.10.2014)
http://www.weltkritisches.de/downloads/finanzagentur-hra2.pdf
(abgerufen am 27.10.2014)

[43] https://www.youtube.com/watch?v=g5bC66LMHZI (abgerufen am 27.10.2014)

[44] Dr. Klaus Maurer, Die BRD-GmbH, zweite Auflage, S. 67

[45] Ebd., S. 25

[46] Ebd., S. 26

[47] April 1945, vgl. „Welt“ vom 04.07.1994